

# C·A·PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik  
 Forschungsgruppe Deutschland  
 Forschungsgruppe Europa  
 Forschungsgruppe Jugend und Europa  
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen

## Amerika und Europa müssen ihre Initiativen koordinieren

Siebte Kronberger Gespräche zur Zukunft des Nahen Ostens

Die sich täglich schneller drehende Gewaltspirale zwischen Israelis und Palästinensern hat eine neue Dimension erreicht. Die Offensive der israelischen Armee führte zumindest zeitweise zur Wiederbesetzung aller Autonomiegebiete, um die verbleibenden Institutionen der palästinensischen Autonomiebehörde zu zerstören. Der Oslo-Prozess ist damit



Waren sich einig: Die internationale Staatengemeinschaft wird sich beständig über ihr weiteres Vorgehen abstimmen müssen, damit ein Engagement im Nahen Osten Aussicht auf Erfolg hat. Bundesaußenminister Joschka Fischer und C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld.

gescheitert, der 1991 in Madrid begonnene israelisch-arabische Friedensprozess in ein „Post-Oslo“-Endspiel verwandelt worden. Das Ende des Oslo-Ansatzes bedeutet jedoch nicht, dass die Suche nach Frieden zwischen Israelis und Palästinensern hoffnungslos geworden ist. Und es bedeutet auch nicht, dass die bereits geschlossenen Abkommen keine Gültigkeit mehr besäßen. Im Gegenteil: Sie bleiben das einzige organisierende Prinzip zwischen beiden Völkern.

Trotz des seit etlichen Monaten gewaltsam ausgetragenen Konflikts im Nahen Osten ist es in Kronberg gelungen, eine hochrangige Gruppe von Vertretern der Konfliktparteien und externer Vermittler in einen konstruktiven Dialog zu führen. „Wir müssen uns um unsere Nachbarn im Südosten kümmern“, betonte der Vize-Außenminister Spaniens, Miquel Nadal Segalá, als Vertreter der EU-Präsidentschaft. Wie sehr sich die politischen Entscheidungsträger dieser Tatsache bewusst sind, haben die hochkarätige Besetzung bei den siebten Kronberger Nahostgesprächen und die kompetenten Diskussionen gezeigt. Die Gespräche wurden von Professor Werner Weidenfeld, Direktor des Münchner Centrums für angewandte Politikforschung und Mitglied des Präsidiums der

*Fortsetzung auf Seite 3*



### C·A·Prolog

Herausforderungen für Europa	2
------------------------------	---

### C·A·Programm

Kronberger Gespräche Jugendparlament in Berlin	3 4+5
Abschied vom Parteiensystem	6
Europapolitischer Dialog	7
Transatlantische Sicherheitspolitik	7
Europa darf seine Bürger nicht vergessen	8
Reformperspektiven der Beitrittskandidaten	9
Wie lässt sich Toleranz messen?	10
Konfliktmanagement in Krisengebieten	11
Neue C·A·P-Webseite	12

### C·A·Personalia

Integrations-Wettbewerb	13
-------------------------	----

### C·A·Publikationen

Neuerscheinungen	14+15
------------------	-------

### C·A·Postskriptum

Eine Erfolgspartitur für Europa	16
---------------------------------	----

### C·A·Planung

16

## Herausforderungen für Europa

Zwei Ereignisse sind in diesen Tagen von besonderem Gewicht und zwingen die Europapolitik in herausragender Weise heraus: Zum einen die besorgniserregende Eskalation im Nahostkonflikt, zum anderen der spannende Beginn des EU-Konvents zur Zukunft Europas.

Über ein Jahr nach dem gescheiterten Gipfel von Camp David und dem Ausbruch der zweiten Intifada stehen die Chancen schlecht, dass die Konfliktparteien aus eigener Kraft den Frieden in der Region finden. Die Situation ist zu einem Krieg eskaliert, beide Parteien haben einen hohen Preis an Menschenleben und wirtschaftlichen Schäden bezahlt. Die Perspektiven sind ernüchternd, die Gewalt klingt nicht ab. Die hohe Zahl der Opfer durch Terrorattacken von palästinensischen Extremisten auf israelische Zivilisten und die nachfolgende israelische Vergeltung durch die Besetzung palästinensisch kontrollierten Territoriums mit der gezielten Jagd auf palästinensische Terroristen verstärken den beiderseitigen Hass. Die öffentliche Meinung hat sich radikalisiert. Sprachlosigkeit und Unnachgiebigkeit dominieren.

Die siebten Kronberger Gespräche zur Zukunft des Nahen Ostens, eines der wenigen noch funktionierenden Foren seiner Art in Europa, nahm sich trotz der massiven Schwierigkeiten diesen Herausforderungen an. Jenseits der vertrackten Situation gelang es erneut, die zentralen Akteure aus allen Lagern und aus der internationalen Vermittlerszene an einen Tisch zu bringen, um so wenigstens das Gespräch über die Zukunft des Nahen Ostens auf neutralem Boden zu beleben und die Suche nach strategisch überzeugenden Perspektiven aufrecht zu erhalten. Für das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) ist es befriedigend, als Partner der Bertelsmann Stiftung mit seinem Impulspapier, das die Gespräche strukturierte, und mit seinen Kontakten weiterhin einen Beitrag zur Konfliktbehandlung im Rahmen der Politikberatung leisten zu können. Angesichts der großen Bedeutung des Forums machen wir heute mit dem Bericht darüber auf. Auch im kommenden Jahr werden wir die Kronberger Gespräche zusammen mit unserem Partner organisieren. Die Vorbereitungen dazu laufen bereits an.

Die Europäer brechen in eine neue Etappe ihrer Integrationsgeschichte auf. Der EU-Konvent zur Zukunft Europas hat den Auftrag, in erstmals öffentlicher Weise eine Vertragsreform in Angriff zu nehmen, der schließlich sogar in eine Verfassung oder einen Grundvertrag für die Europäische Union münden soll. Nach einem Jahrzehnt versuchter Reformen gewinnt die Integration damit wieder neuen Schwung. Trotz vieler Kritikpunkte an einer weiteren Integration kann Europa einen großen Schritt nach vorne machen, der angesichts des „Big Bang“ der bevorstehenden Erweiterung ohnehin notwendig wird. Das C·A·P wird in den kommenden Monaten den Konvent mit Argusaugen beobachten und seine Fortschritte wie Rückschläge ausloten und kommentieren. Claus Giering analysiert bereits in dieser C·A·P-Anthologie die Voraussetzungen, unter denen aus der Kakophonie der Interventionen einzelner Staaten oder Konventsmitglieder eine Erfolgspartitur für Europa werden kann. Ab nun widmet das C·A·P diesem europäischen Großereignis sein besonderes Augenmerk. Die Teams des Centrum und der Bertelsmann Stiftung informieren darüber ausführlich im Internet. Unsere Statistik zeigt, dass monatlich mehr als 10 000 Personen und Institutionen das C·A·P über das World Wide Web erreichen. Wir werden deshalb – im neuen Design – Reichweite und Intensität der Netzwerkkommunikation nutzen, um die Diskussionen über die Zukunft Europas zu stimulieren.



Jürgen Turek  
Geschäftsführer des C·A·P

*Jürgen Turek*

Fortsetzung von Seite 1

Bertelsmann Stiftung, geleitet. Es wurde deutlich, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Israelis und Palästinensern völlig zusammengebrochen ist und ein Ausweg aus der derzeitigen Spirale der Gewalt nur mit Hilfe internationaler Vermittler, insbesondere der USA und der EU, möglich ist. Der Hohe Beauftragte der Europäischen Union, Javier Solana, und der deutsche Außenminister Joschka Fischer appellierten an die Konfliktparteien, die Eskalation zu stoppen. Solana verwies auf den Mitchell-Bericht als Grundlage einer Wiederaufnahme der Verhandlungen. Der Friedenszug „Mitchell-Express“ müsse jetzt nur noch den Bahnhof verlassen. Der von einer Untersuchungskommission unter Leitung des ehemaligen amerikanischen Senators George Mitchell erstellte Bericht fordert die Wiederaufnahme der Sicherheitskooperation, das Ende des Terrors und das Einfrieren aller Siedlungsaktivitäten als Grundlage für neue Verhandlungen. Außenminister Fischer versicherte: „Wenn sie um Hilfe bitten, wird die internationale Gemeinschaft sofort handeln.“ Fischer hob hervor, dass es für beide Seiten keine tragbare Alternative zur Wiederaufnahme der Kooperation gebe.

Die Nahost-Sonderversmittler der EU, der Vereinten Nationen und Russlands nutzten die Kronberger Gespräche zur Abstimmung ihres weiteren Vorgehens. Israelische und palästinensische Vertreter werteten die Gespräche als wichtiges Forum der Vertrauensbildung. Von marokkanischer Seite wurde eine Friedensinitiative arabischer Intellektueller zum Abbau von Vorurteilen angeregt, die breite Zustimmung fand. Wichtiger Bezugspunkt der Debatte über neue Regelungsansätze war das Strategiepapier der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P. Dieses Papier zieht das Fazit, dass die Europäische Union und die USA „stark koordiniert“ eingreifen sollten, um Israel und Palästina aus der Logik von Gewalt und Gegengewalt zu zerren und den Friedensprozess erneut in Gang zu bringen. Erst die intelligente Verknüpfung eines Endes der Kampfhandlungen mit der Perspektive auf

substantiellen Fortschritt im politischen Bereich kann hierfür eine Grundlage schaffen. Die Grundbedürfnisse der beiden Völker, Sicherheit in anerkannten Grenzen für die Israelis und das Ende der Besatzung für die Palästinenser, müssen in gleicher Weise verwirklicht werden. Doch sind die Konfliktparteien selbst in dieser Situation kaum zu einem echten Durchbruch in der Lage. Die Analysen und Schlussfolgerungen wurden von den verschiedenen Seiten konstruktiv aufgegriffen und als

richtungsweisend gewürdigt. Professor Weidenfeld hob hervor, dass das C·A·P und die Bertelsmann Stiftung dem Friedensprozess auch künftig große Bedeutung in ihrer politikberatenden Arbeit beimessen werden.

Weitere Informationen unter [www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/nahost.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/nahost.htm) und bei Felix Neugart, Tel.: 089 – 2180 1319.



Die Teilnehmer in Kronberg. Die Sonderversmittler der EU, der Vereinten Nationen und Russlands berieten bei dem Treffen über ihre nächsten Schritte.



Ignacio Gardians (Spanisches Parlament), Shlomo Avineri (Universität Jerusalem), Gunther Thielen, Liz Mohn (beide Bertelsmann Stiftung)  
linkes Foto: Javier Solana (Hoher Beauftragter der EU für die GASP) fordert die Wiederaufnahme der Verhandlungen im Nahen Osten.

## Jugendparlament in Berlin

**H**undertzwanzig junge Leute, sechs Ausschüsse und drei Tage Zeit – das war das Jugendparlament für Europa, das das C·A·P gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin veranstaltete. Ende

November 2001 formulierten die Schüler, Studenten und Auszubildenden Resolutionen, führten hitzige Debatten und trafen Politiker. Das ganze fand im Paul-Löbe-Haus des Bundestags und im Berliner Abgeordnetenhaus statt.

Die Teilnehmer kamen aus allen Teilen Deutschlands, auch aus Frankreich, Rumänien, der Ukraine, Schweden und dem Kosovo. Die Schirmherrschaft hatte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse übernommen.

Am Ende standen sechs Entschlüsse zu aktuellen Themen wie „Ethische Fragen der Human-genetik“, „Osterweiterung der EU“ oder „Zuwanderung, Asyl und Integration“, doch vorher musste erst jeweils ein Konsens gefunden

werden. Bessere Einsichten in die Problemfelder brachten Fragestunden mit Bundestagsabgeordneten wie Rita Süßmuth und Andrea Fischer und mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments wie Armin Laschet.

Wie auch in der „richtigen Politik“ war es nicht leicht, bei den besonders heiklen Fragen eine gemeinsame Position zu erarbeiten – die Jugendlichen taktierten zwar nicht parteipolitisch, doch vertraten sie in der Sache oft konträre Positionen. Nur eine der sechs Resolutionen konnte das Plenum



Kompromissfindung in den Ausschüssen: Kein parteipolitisches Taktieren, aber konträre Positionen.



Im Plenum: Die Resolution zur PID findet zunächst keine Mehrheit (links). Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Schirmherr des Jugendparlaments, Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung und Stefan Rappenglück, Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa des C·A·P (rechtes Bild v.l.n.r.)



unverändert passieren, alle anderen wurden durch Anträge umgearbeitet. Da beruhigte es die Gemüter, als die Bundestagsabgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in einer Fragerunde sagte: „Wir arbeiten ganz genauso.“ Besonders der Themenbereich Humangenetik sorgte für Kontroversen. Eine erste Beratung im Plenum endete ergebnislos, erst eine komplette Überarbeitung der Resolution durch den betreffenden

Ausschuss fand eine knappe Mehrheit. Viele Jugendparlamentarier hatte gestört, dass die Präimplantationsdiagnostik unter bestimmten Voraussetzungen befürwortet und dass behinderte Kinder ursprünglich als „Belastung“ bezeichnet worden waren. Doch auch in anderen Fragen, wie etwa der Zuwanderung, zeichneten sich klare Konfliktlinien ab: Nachzugsalter, nichtstaatliche Verfolgung oder die Asylfrage mussten ausgiebig debattiert werden, ehe man zu einem tragfähigen Kompromiss fand.

Besonderes Augenmerk lag bei der Veranstaltung auf einer Beachtung des europäischen Rahmens und der europapolitischen Dimension jedes Themas. Entsprechend befassten sich die Teilnehmer auch intensiv mit der Osterweiterung der Europäischen Union und der Debatte über eine Europäische Verfassung. Hier unterstützte das Jugendparlament den Ansatz des Reformkonvents und legte den Regierungen „die Einbeziehung des Volkes in den Entscheidungsprozess“ nahe. Die Teilnehmer schätzten ihre Erfahrungen im Jugendparlament sehr: „Ich fand interessant, wie Gleichaltrige in anderen Ländern denken, was sie beschäftigt. Ich habe gelernt, mich in einer fremden Gruppe zu behaupten und Meinungen zu respektieren und akzeptieren“, sagte etwa Eva Palatova, 22, aus Prag. In einem waren die Teilnehmer sich einig: Sie würden sofort wieder mitmachen.

Eine Dokumentation und weitere Informationen unter [www.juparl.de](http://www.juparl.de) und bei Frank Burgdörfer, Tel.: 089 – 2180 1340.



Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, eröffnet im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses das Jugendparlament.

## „Mitreden bei der Gestaltung Europas“

Unter diesem Motto stehen die kontinuierlichen didaktischen Angebote und Modellreihen der Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE), die Jugendlichen die Bedeutung europäischer Politik vermitteln.

Im Auftrag des Informationsbüros des Europäischen Parlamentes und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung setzt die FGJE die bundesweite Planspielserie zur Förderung des Europabewusstseins Jugendlicher fort – aufgrund der bisherigen sehr positiven Resonanz. Im Mittelpunkt steht das Planspiel „Europa neu gestalten“, das den Erweiterungsprozess simuliert und Jugendlichen die Herausforderungen der Osterweiterung und der Zukunftsfähigkeit der EU bewusst macht. Mitglieder des „Juniorteams Europa“ der FGJE führen in Schulen an zwei Vormittagen das Planspiel durch. Zusätzlich kommen Europaabgeordnete oder Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes zu einer Diskussionsrunde an die Schulen. Außerdem veranstaltet die FGJE zusammen mit dem Europabeauftragten des Saarlandes und dem saarländischen Landtag den Jugendkonvent 2002 „Eine Verfassung für Europa“. Dieser gibt Jugendlichen die Möglichkeit, eigene Vorstellungen zur Zukunft der EU einzubringen und Vorschläge und Empfehlungen für eine europäische Verfassung zu erarbeiten. Unter [www.europawoche.saarland.de](http://www.europawoche.saarland.de) wird online berichtet.

Weitere Informationen unter [www.fgje.de](http://www.fgje.de) und bei der FGJE, Tel.: 089 – 2180 1340.

## Abschied vom Parteiensystem

**K**önnen Parteien gegenwärtige und künftige gesellschaftliche Strömungen genauso integrieren wie bisher? Wolfgang Nowak, Leiter der Abteilung „Politische Analysen und Grundsatzfragen“ im Bundeskanzleramt, entwarf auf einem Kolloquium des C·A·P Mitte Januar ein skeptisches Bild. Bis in die Achtziger und Neunziger Jahre nahmen sich die großen Volksparteien bestimmter politischer Themen nicht oder nur ungenügend an. Diese Defizite wurden dann von anderen oder neuen Parteien aufgegriffen; es entstanden „Defizitparteien“ wie die Grünen oder die Republikaner, die diese Themen besetzten und damit bei einem Teil der Wähler reüssieren konnten. So hatten die Republikaner Erfolg, weil sich die CDU/CSU bestimmten Themen der nationalen Identität verweigerte. Dieser Mechanismus, so Nowak, sei mittlerweile außer Kraft, das Konzept der Defizitpartei am Ende. Der Grund: Die Parteien hätten an Legitimität eingebüßt. Defizite würden mehr und mehr von nichtparteilichen Institutionen wie Greenpeace, Attac oder anderen NGOs kompensiert, die sich, um attraktiv zu bleiben, bewusst nicht als Partei organisieren würden. In der Konsequenz müssten sich die Parteien in Deutschland diesem Wandel stellen und



Anhänger von Attac demonstrieren in Brüssel für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und die Einführung der Tobin-Steuer. Attac möchte nicht zu einer neuen Partei werden – ein Netzwerk ist flexibler und effektiver.  
Foto: Attac

sich in ihrer Struktur, in ihren Programmen und in ihrem Verhalten gegenüber Mitgliedern und Wählern verändern. In Zukunft werde es darauf ankommen, dass Parteien mit ihren Wählern sowie mit NGOs Bündnisse auf Zeit eingingen. Ansonsten stehe zu befürchten, dass sich das Parteiensystem in viele kleinere Defizitparteien und Defizitorganisationen fragmentiere, was zum Ende der großen Volksparteien – und damit einen Schritt weit zur Desintegration unserer Gesellschaft – führen könnte.

## Von offenen Gesellschaften lernen

**O**ffene Gesellschaften zeichnen sich durch dynamische Elemente wie beständige Lernbereitschaft und Reformfähigkeit aus. Gleichzeitig besitzen sie Abwehrmechanismen gegen neue Feinde und Herausforderungen. Deshalb sind offene Gesellschaften besser als nicht demokratische Gesellschaften in der Lage, sich in einem sich wandelnden, modernen Umfeld zu bewähren. Um ihren Strategien und ihrem Handlungsrepertoire auf die Spur zu kommen, beschäftigt sich das C·A·P seit verganginem Jahr mit offenen Gesellschaften. Anfang März präsentierten Vertreter des C·A·P auf einer Expertentagung an der Central European University in Budapest die vorläufigen Ergebnisse ihrer Arbeit und diskutierten Konzeption und Methodik für ein Forschungsprojekt „Open Society“, das auf der Basis einer internationalen empirischen Studie Länder hinsichtlich ihrer Offenheit vergleichen soll. „Durch ein Ranking der Staaten können komplexe Sachverhalte abgebildet werden, und durch diese kompakte Darstellung kann eine weiterführende Debatte in Gang kommen“, sagte Professor Werner Weidenfeld. Ziel eines mehrjährigen Forschungsprojekts wäre, Akteuren aus Wirtschaft und Politik Lösungswege in Bereichen mit akutem Handlungsbedarf anzubieten.

Der empirischen Analyse liegt ein modernes Demokratiekonzept zugrunde. Zivilgesellschaftliche Faktoren wie politische Partizipation oder soziale Durchlässigkeit bilden die Grundlage. Gleichzeitig sind diese Faktoren Ausgangspunkte für Verbesserungen und Innovationen in den Politikbereichen, in denen die Gesellschaften noch mehr leisten müssen.

Weitere Informationen bei Dr. Lars Colschen, Tel.: 089 – 2180 9077.

## Europapolitischer Dialog

Europapolitik wird in Deutschland immer mehr zur Chefsache. Brüsseler Beschlüsse greifen tief in die deutsche Gesetzgebung und politische Kultur ein – bei der Daseinsvorsorge, bei Beihilfen beispielsweise. Mit den Konsequenzen dieser Entwicklung setzt sich der von Bundeskanzler Gerhard Schröder initiierte „Europapolitischer Dialog“ auseinander. Dieser wird vom Bundeskanzleramt und der Bertelsmann Stiftung zusammen mit dem C·A·P organisiert, das den Dialog mit Analysen und Strategieempfehlungen begleitet. Ende letzten Jahres hat sich Bundeskanzler Schröder in diesem Rahmen erneut mit zentralen Akteuren der deutschen Europapolitik getroffen. Moderiert von Professor Werner Weidenfeld haben Außenminister Joschka Fischer, Finanzminister Hans Eichel, die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, die Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf und Peter Müller, EU-Kommissar Günter Verheugen und weitere Akteure aus Politik, Wirtschaft und Medien über die Zukunft Europas diskutiert. „Wir müssen neue Entscheidungsstrukturen schaffen, um Europa auch nach der Erweiterung politisch führbar zu halten“, erklärte Bundeskanzler Schröder zum Auftakt des Treffens. Die Diskussion fand auf der Grundlage eines Ergebnisberichts zu drei vorangegangenen Fachdialogen sowie des C·A·P-Arbeitspapiers „Europas Zukunftsfähigkeit – Herausforderungen, Grundlagen, Perspektiven“ statt ([www.cap.uni-muenchen.de/publikationen/cap/europas\\_zukunft.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/publikationen/cap/europas_zukunft.htm)).



Außenminister Joschka Fischer, Bundeskanzler Gerhard Schröder, C·A·P-Direktor Werner Weidenfeld und die CDU-Vorsitzende Angela Merkel (v.l.n.r.)

## Neubewertung transatlantischer Sicherheitspolitik

Amerika hat die Bekämpfung des Terrors nach den Anschlägen vom 11. September zur außenpolitischen Priorität erhoben. Damit wird neue strategische Verständigung über den Atlantik erforderlich. Anlässlich des Dialogs über „Europe as an emerging international actor“ Anfang Januar forderte Roy Ginsberg, Professor für internationale Beziehungen am amerikanischen Skidmore College, mehr Selbstbewusstsein von den Europäern. Schon durch ihre Integration auf den Feldern innereuropäischer Politik werde die EU zu einem immer wichtigeren außenpolitischen Akteur, sagte Ginsberg. Hingegen betonte Franco Algieri (C·A·P), der 11. September habe die Beschränkungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gezeigt. Darüber hinaus ergab eine im Februar veranstaltete Konferenz zur Raketenabwehr, dass Europäer und Amerikaner Bedrohungen teilweise unterschiedlich wahrnehmen und bewerten. Kerry Kartchner vom US-Außenministerium warnte, Terroristen könnten durch Schurkenstaaten Zugang zu Massenvernichtungswaffen erhalten. Deutsche Teilnehmer erwiderten, die amerikanische Regierung stütze ihr Handeln bislang nur auf Vermutungen. Beide Veranstaltungen – Kooperationsprojekte mit dem US-Generalkonsulat – fanden im Rahmen des Transatlantikprojekts der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik und des vom German Marshall Fund geförderten Projekts „Improving Responsiveness“ statt. Die Konferenz zur Raketenabwehr wurde zusätzlich in Kooperation mit dem Amerika Haus Verein veranstaltet. Abends wurde die Diskussion im Amerika Haus fortgesetzt.

Weitere Informationen unter [www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic/topics/edsp.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic/topics/edsp.htm) und bei Wolfgang Bücherl, Tel.: 089 – 2180 1320 und bei Nicole Schley, Tel.: 089 – 2180 1338.



Noch zu viele Stimmen: Europa tut sich schwer, eine einheitliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Gang zu bringen. Foto: Nato

# Europa darf seine Bürger nicht vergessen

Von Andreas Kießling

Die EU ringt um ihre Legitimation. Die Frage nach der Rechtfertigung ihrer Herrschaft verschärft sich mit der Aussicht auf einen Verfassungsvertrag für die EU. Vereinfachung der Verträge, Transparenz der Verfahren, Handlungsfähigkeit der Institutionen und die Kompetenzabgrenzung zwischen den verschiedenen Ebenen bestimmen

die Themenpalette des EU-Konvents. Hinsichtlich legitimatorischer Kriterien stehen damit wichtige Aspekte auf der Tagesordnung. Aber die Rechtmäßigkeit von Machtausübung hat einen Doppelcharakter: Es geht nicht nur um die institutionelle Qualität der Herrschaftsstruktur sondern auch in einer politisch-kulturellen Dimension um die Akzeptanz der politischen Ordnung. Die Gefahr besteht, dass der Konvent technisch-bürokratische Modelle diskutiert, die den anderen zentralen Punkt der Legitimation außen vor lassen: die Beteiligung der Bürger am neuen Europa.

Der Ausgang der Europawahlen 1999 sollte als Menetekel ernst genommen werden. Der dramatische Einbruch der Wahlbeteiligung ist nicht nur Zeichen der Unkenntnis über die Aufgaben des

Europäischen Parlaments (EP), sondern auch des Misstrauens und des Desinteresses an der EU. Politiker bekundeten ihre Betroffenheit, doch Konsequenzen zogen sie nicht. Die Integration hat ihre Erfolge rasch konsumiert. Im Bewusstsein der Bürger dominiert die Sorge vor Brüsseler Bürokratismus und Zentralismus. Europa droht seine Bürger zu verlieren.

Es fehlt eine europäische Öffentlichkeit. Dass der EU-Konvent öffentlich tagt, wird daran nur wenig ändern. Allen Skandalen, Affären und aller Verdrossenheit zum Trotz erfüllen Parteien im nationalen Rahmen eine wichtige Legitimationsfunktion als Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Staat. Die EU muss diese Quelle für sich erschließen – zumal auch Artikel 12 der Grundrechtecharta die Rolle europäischer Parteien hervorhebt. Die geplante Erstellung eines europäischen Parteiengesetzes ist ein wichtiger Schritt nicht nur in Richtung Transparenz bei der Finanzierung der europäischen Parteien, sondern auch für ein echtes europäisches Parteiensystem. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, einige der EP-Mitglieder auf europäischen Listen wählen zu lassen. Dies würde zu einer Europäisierung der bisher national geprägten Europawahlen führen. Schließlich sollten die Parteien für die Mobilisierung der Bürger alternative Politikkonzepte „dramatisieren“ können. Eine Wahl des Kommissionspräsidenten durch das EP böte den Parteien die Chance, die Wahlen zum Plebiszit für einen neuen Chef der Brüsseler Exekutivbehörde zu stilisieren. Durch solche Reformen würde die Legitimationskette Europawahlen – EP – EU für den Bürger erkennbarer. Die Akzeptanz des Systems könnte damit wachsen.



Bleiben die Bürger bei der Gestaltung eines neuen Europa außen vor? Die Stärkung europäischer Parteien könnte dies verhindern.

Foto: Europäische Kommission

Der Autor ist Mitarbeiter der Forschungsgruppe Deutschland am C·A·P

## Reformperspektiven der Beitrittskandidaten

Wenn bisher eine Regierungskonferenz ein Reformpaket zur Zukunft der EU schnürte, so waren keine Vertreter aus beitriftswilligen Ländern an den Verhandlungen beteiligt – obgleich eine EU-Reform auch sie künftig betrifft. Die Kandidatenländer wurden lediglich über die Verhandlungen informiert. Dieser Praxis wurde beim Konvent zur Zukunft der EU ein Ende gesetzt. Alle 13 Bewerberländer – auch die Türkei – sind in gleicher Weise wie die Mitgliedstaaten im Konvent vertreten und nehmen an den Beratungen teil. Einen möglichen Konsens zwischen den Mitgliedstaaten können sie allerdings nicht verhindern – das wurde so festgelegt.

Weil die Beitrittskandidaten bisher nicht eingebunden waren, beschäftigten sich Öffentlichkeit und Politiker in diesen Ländern kaum mit Fragen, die über die unmittelbaren Beitrittsverhandlungen hinaus gingen. Um diesem Informationsdefizit entgegenzuwirken, haben das C·A·P und die Bertelsmann Stiftung eine europaweite Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Das von der „Villa Faber Gruppe zur Zukunft der EU“ erarbeitete Strategiepapier „Thinking Enlarged“ wurde Ende letzten Jahres gemeinsam mit Erweiterungskommissar Günter Verheugen, der polnischen Europaministerin Danuta Hübner und dem Europaabgeordneten Elmar Brok in Brüssel präsentiert. Seitdem wurde das Memorandum in zahlreichen Beitrittsländern vorgestellt und mit Regierungsvertretern, nationalen Parlamentariern und einer interessierten Öffentlichkeit diskutiert. Dabei bestätigt sich, dass die Erfahrungen der Kandidatenstaaten von der Umgestaltung ihrer demokratischen Institutionen die EU auf der Suche nach Reformalternativen bereichern können.

Weitere Informationen unter [www.cap.uni-muenchen.de/publikationen/strategien/thinking\\_enlarged.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/publikationen/strategien/thinking_enlarged.htm) und bei Janis Emmanouilidis, Tel.: 089 – 2180 1336 oder bei Dr. Martin Brusis, Tel.: 089 – 2180 1316.

## Außenpolitisches Profil der EU zu schwach

Europa wird von der Welt in der Außenpolitik nicht so wahr genommen wie in anderen Bereichen der Politik. Bei einem Expertengespräch am C·A·P machte Dr. Reinhard Schweppe, Leiter der Europaabteilung des Auswärtigen Amts, Vorschläge, wie man durch strukturelle Veränderungen die Außenpolitik der EU stärken könne. Javier Solana als Hoher Vertreter des Rates für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik habe ein weitreichendes Kompetenzgebiet, aber nur wenig finanzielle und personelle Ressourcen. Chris Patten, der Kommissar für Außenbeziehungen, habe ein engeres Zuständigkeitsgebiet, aber erhebliche Ressourcen. Künftig könnten beide Ämter in Personalunion geführt werden, per „Doppelhut“. Außerdem könnte diese Person den Vorsitz im Allgemeinen Rat bekommen; so könnte mehr Kontinuität in der Außenpolitik erreicht werden, als dies bei sich halbjährlich abwechselnden Ratspräsidentschaften möglich sei. Beim Militäreinsatz in Afghanistan habe die EU keine Rolle gespielt; große EU-Mitgliedstaaten dagegen schon. Gäbe es einen europäischen Sicherheitsrat, wären auch kleine EU-Staaten eingebunden. Dies könne man überlegen, ohne dass es dazu schon eine deutsche Haltung gebe.



Gegen das Informationsdefizit in den Kandidatenländern: Josef Janning, stellvertretender Direktor des C·A·P (2. v.r.), präsentiert mit dem Europaabgeordneten Elmar Brok, Annette Heuser (Bertelsmann Stiftung Brüssel), dem EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen und der polnischen Europaministerin Danuta Hübner (v.l.n.r.) das Strategiepapier „Thinking Enlarged“.



„Das Amt des Hohen Vertreters für die GASP stärken.“ Reinhard Schweppe, Leiter der Europaabteilung des Auswärtigen Amts.

## Wie lässt sich Toleranz messen?

Das Projekt „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ des C·A·P und der Bertelsmann Stiftung hat das Ziel, Toleranz und Demokratiebewusstsein zu stärken. Dies geschieht in Seminaren, die übernommen wurden – „Betzavta“ (Miteinander) aus Israel und „Eine Welt der Vielfalt“ aus den USA – und in dem selbst entwickelten Programm „Achtung (+) Toleranz“. In Kursen werden Multiplikatoren ausgebildet, die dann im Bereich der politischen Bildung mit diesen Konzepten arbeiten. Die wachsende Nachfrage wie auch die Evaluationsbögen, die die Teilnehmer nach einem Seminar ausfüllen, lassen auf hohe Zufriedenheit mit den Bildungsmaßnahmen schließen. Aber was lässt sich bislang über Einstellungs- und Verhaltensänderungen der Teilnehmer wirklich sagen? Welche Wirkungen werden langfristig erzielt? Die Evaluation steht daher im Mittelpunkt der laufenden Projektarbeit. Evaluationsteams der Universitäten Freiburg, Köln und München untersuchen die nachhaltige Wirksamkeit von Methoden, die Menschen dazu bringen sollen, ihre gewohnten Deutungs- und Handlungsmuster neu zu reflektieren.

In den Programmen zur Demokratie- und Toleranz-erziehung werden die Teilnehmer in ihrem Handeln bewusst irritiert: Sie sollen durch eine plötzliche Konfrontation überrascht werden und anschließend ihr Verhalten prüfen. Die Teilnehmer empfinden die neuen Einstellungen und Konfliktlösungswege nach einer Seminarwoche zunächst nicht unbedingt als bereichernd, sondern als verunsichernd. Neue Sichtweisen bedürfen der vorsichtigen Überprüfung auf ihre Alltagstauglichkeit. Die Evaluation braucht also eine zeitliche Distanz zum Lerngeschehen.

Im Evaluationsprozess ist es wichtig, dass die Interessen der beobachteten und befragten Teilnehmer bei der Erstellung und Durchführung des Evaluationsdesigns wie auch bei der Datenbewertung berücksichtigt werden. Dies erfordert aufwändige qualitative Methoden, vor allem Interviews und den Einsatz von Videotechnik, um Aussagen über Einstellungs- und Verhaltensänderungen treffen zu können. Im März stellten die Evaluationsteams ihre Zwischenberichte in München vor und diskutierten mit Mitarbeitern des C·A·P und der Bertelsmann Stiftung die besonderen Erfordernisse dieser Evaluation. Die endgültigen Ergebnisse und die Erfahrungen mit speziellen Evaluationsdesigns werden Ende Oktober auf einer Tagung in Berlin präsentiert.

Weitere Informationen bei Susanne Ulrich, Tel.: 089 – 2180 1335.

## Entwicklung und Transformation steuern

Das C·A·P und die Bertelsmann Stiftung untersuchen bereits seit sechs Jahren gemeinsam Entwicklungs- und Transformationsprozesse von Staaten, die sich zu marktwirtschaftlich organisierten Demokratien wandeln. Ziel ist, Lernerfahrungen systematisch auszuwerten und strategische Empfehlungen zur Steuerung solcher Prozesse zu erstellen. Mit Hilfe der so gewonnenen analytischen Instrumente wurde letztes Jahr der Carl Bertelsmann-Preis an Länder vergeben, die den Wandel am erfolgreichsten gemeistert haben (siehe C·A·Panorama 3/2001). In der Folge haben die Projektpartner diesen Forschungsschwerpunkt für die kommenden Jahre erweitert. Der Arbeitsplan sieht ein qualitatives Ranking sämtlicher Entwicklungs- und Transformationsstaaten vor. Die erhobenen Daten werden aufbereitet, veröffentlicht und fließen in die Erarbeitung strategischer Empfehlungen ein. Für einzelne Staaten und Regionen sollen Politikempfehlungen erstellt werden. Dabei wird die Zusammenarbeit mit weiteren Entwicklungs- und Transformationsexperten angestrebt – ein internationales Netzwerk soll entstehen. Außerdem sollen die Bereiche Entwicklung und Transformation der Öffentlichkeit vermittelt werden: Ein „Handbuch der Transformation“ ist geplant.



Karikatur: Jürgen Dieko Müller für Pro Asyl.



Schulunterricht in Benin. Sämtliche Entwicklungs- und Transformationsländer sollen in einer Studie erfasst werden. Foto: Europäische Kommission

## Der Angst begegnen – ein Erziehungsprogramm im Angesicht des Terrors

**B**ildungspolitik muss sich in Zukunft verstärkt mit Terrorismus und Sicherheit auseinandersetzen. Dies wurde deutlich, als Yonathan Fighel Mitte März im C·A·P in einer Expertendiskussion über „Bildung im Angesicht des Terrors“ ein spezielles Bildungsprogramm für die Jugendarbeit vorstellte. Das Programm hat Fighel als Leiter der pädagogischen Abteilung am International Counter-Terrorism Institute (ICT) in Herzliya in Israel entwickelt. Es setzt auf der persönlichen Ebene an. Die Wirkung des Terrors, so Fighel, sei fast gänzlich psychisch: Informationen über einen Terrorakt bekomme man über Medien vermittelt. Damit gehe jeder auf seine Weise um. Ziel des ICT-Bildungsprogramms ist, diese Wirkungen zu schmälern. Es vermittelt rationales Wissen über die Bedrohung, gibt Hilfestellung bei der Überwindung der Ängste und der Wut, die einem Anschlag folgen. Fighel betonte die Rolle von sozialen Schlüsselfiguren wie Lehrern, Multiplikatoren oder politischen Mandatsträgern: Gerade diese müssten in ihrer Ausbildung spezifisch vorbereitet werden, damit sie Jugendlichen durch Wissensvermittlung und psychologische Hilfe aktiv zur Seite stehen könnten. Wenn sich auch in Deutschland – anders als in Israel – Jugendliche und Erwachsene nicht direkt durch Terroranschläge bedroht fühlen, entwickelte sich doch im Anschluss an den Vortrag eine lebhafte Diskussion über den Umgang mit Terrorismus. Als wichtigstes Fazit bleibt festzustellen, dass besonders die Bildung gefordert ist, um dem Terrorismus nicht hilflos ausgeliefert zu sein.

Weitere Informationen bei Tamir Sinai, Tel.: 089 – 2180 1340.

## Balance zwischen Stärke und Kontaktsuche

**D**er ehemalige Kommandant der KFOR-Friedenstruppe im Kosovo, Dr. Klaus Reinhardt, sprach Mitte Januar am C·A·P – sein Vortrag war Höhepunkt und Abschluss des Online-Seminars „Contending Approaches to International Peace and Conflict Prevention in the Context of European Integration and Transatlantic Relations“. Reinhardt, General a.D. und promovierter Politikwissenschaftler, verglich das Konflikt-Management und den Umgang mit ethnischer Gewalt im Kosovo mit den Anforderungen an die Friedenssicherung und den Wiederaufbau in Afghanistan. Eine Friedenstruppe in einem zerstörten Land und einer zerrütteten Gesellschaft müsse sich kraftvoll zeigen, um neuen Gewaltausbrüchen und Destabilisierungsversuchen vorzubeugen. Gleichzeitig müsse sie den Kontakt zur Bevölkerung suchen, denn deren Vertrauen gelte es zu gewinnen, um wieder Normalität im Land herzustellen – ein Balanceakt damals im Kosovo wie heute in Afghanistan. Eine Illusion sei es, zu glauben, ein militärischer Kommandant könne in einem Krisengebiet seine Mission erfüllen, ohne sich in Politik einzumischen: „Im Kosovo habe ich mich zu achtzig Prozent mit politischen Fragen, Politikern und mit politischem Dialog beschäftigt“, sagte Reinhardt.

Nach Gastvorträgen von NGO-Vertretern wie Armand Burguet (EducWeb), Akademikern wie Jacques Rupnik (CNRS) und Diplomaten wie Abiodun Williams (UNO-Planungsstab) waren die Studenten des Seminars bestens vertraut mit der Komplexität der Balkanpolitik. Nicht nur die vierzig Teilnehmer in München konnten Reinhardt zuhören, auch die Seminar-Teilnehmer an der Sciences Po in Paris sowie Interessenten am Carnegie Council in New York, an der Fletcher School of Law and Diplomacy in Massachusetts und an der Universität Maribor in Slowenien verfolgten den Vortrag – live über Internet.

Weitere Informationen bei Dr. Wim van Meurs, Tel.: 089 – 2180 1339.



„Friedenssicherung ist politische Arbeit.“  
Klaus Reinhardt, ehemaliger  
Kommandant der KFOR-Friedenstruppe  
im Kosovo.  
Foto: Nato

## Neue C·A·P-Webseite

Das Internet spielt bei der Vermittlung der Arbeitsergebnisse des C·A·P eine zentrale Rolle. Mehr als 10 000 Besucher rufen monatlich die Anfang 2002 neu gestaltete Website des Centrums auf. Auf der neuen



„C·A·P-Startseite“ und in der Rubrik „Aktuell“ bereitet die Online-Redaktion News, Events, Positionen, Audio-Interviews, Medienberichte und Bildergalerien multimedial auf. Von der Startseite aus lassen sich die zahlreichen Webprojekte des C·A·P ansteuern. In der Rubrik „C·A·P“ stellt sich das Institut vor. Unter „Projekte“ finden sich alle Themen der Forschungsgruppen.

„Publikationen“ informiert über Veröffentlichungen und Downloads. Umfragen, der

Newsletter und ein Gästebuch sind in „Interaktiv“ abrufbar. Über die Rubrik „Kontakt“ lassen sich die richtigen Ansprechpartner am C·A·P finden. Mittels des Suchformulars können Besucher Informationen zu einem bestimmten Stichwort recherchieren. Der E-Mail-Newsletter „C·A·P-Info“ hält schließlich monatlich über Neuigkeiten auf dem Laufenden.

Wichtiges Element des neuen Internetauftritts sind Dossiers zu Schwerpunktthemen des C·A·P. So hat beispielsweise der Projektbereich „Systemwandel in Europa“ in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung ein umfangreiches Dossier zum Konvent zur Reform der Europäischen Union erstellt. Zahlreiche Analysen, Strategiepapiere und Reformvorschläge des C·A·P sind direkt als Download verfügbar. Ergänzend informiert der in Kooperation mit „europa-digital“ entstandene Newsdienst „Europanorama: Experiment EU-Konvent“.

Die neue C·A·P-Webseite: [www.cap.uni-muenchen.de](http://www.cap.uni-muenchen.de)

Webprojekt EU-Konvent: [www.cap.uni-muenchen.de/konvent](http://www.cap.uni-muenchen.de/konvent)

## Neuer Auftritt des Projekts „Gemeinsinn“



Projekt **Gemeinsinn**

Seit Mitte März ist das Projekt „Gemeinsinn und Gemeinschaftsfähigkeit“ des C·A·P und der Bertelsmann Stiftung mit einem rundum erneuerten Auftritt – samt neuem Logo (siehe links) – im Internet vertreten. Methoden, Rechercheergebnisse, aktuelle Berichte, Terminhinweise und Hintergrundartikel werden nun noch zeitnah veröffentlicht. Im Bereich der neu konzipierten „Gemeinsinn-Werkstatt“ können sich Werkstatt-Teilnehmer austauschen und vernetzen – gerade bei der Begleitung von Gruppenprozessen machen diese interaktiven Angebote Sinn. Der Veranstaltungskalender führt auch Angebote der Kooperationspartner auf.

Das Projekt hat das Ziel, das Engagement und die Beteiligung von Jugendlichen in der Gesellschaft zu stärken.

Die neue „Gemeinsinn“-Seite: [www.projekt-gemeinsinn.net](http://www.projekt-gemeinsinn.net)

## „Auf Worte folgen Taten“



Staatssekretär Rüdiger Frohn, Chef des Bundespräsidialamts, und Professor Werner Weidenfeld (vorne links), Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, sind Jury-Vorsitzende des von Bundespräsident Johannes Rau ausgelobten Wettbewerbs zur Integration von Zuwanderern, „Auf Worte folgen Taten“. Botschafter des Wettbewerbs sind die multikulturelle Popband „Bro'Sis“, der Box-Weltmeister im Schwergewicht, Dr. Wladimir Klitschko (hinten), sowie die Schauspieler Erol Sander (links) und Miroslav Nemeč (rechts) – bekannt als „Tatort“-Kommissar Ivo Batić.

**Professor Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld**, Direktor des C·A·P, wurde im Januar zum Forschungsdekan an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München gewählt.

Im Februar empfing **Professor Weidenfeld** einen der beiden Direktoren des Deutschen Historischen Instituts Washington, **Dr. Christof Mauch**, zu einem ausführlichen Gespräch.

**Wolfgang Bücherl**, Leiter des transatlantischen Projekts „Improving Responsiveness“, ist im März in den Vorstand des Amerika Haus Vereins München gewählt worden.



Der Karlspreis-Verleihung geht eine europapolitische Tagung voran (siehe C·A·Planung S. 16): Dr. Hermann Krämer (Karlspreisstiftung), Professor Walter Eversheim (Karlspreisdirektorium), Dr. Jürgen Linden (Oberbürgermeister Stadt Aachen), Gerd Schulte-Hillen (Bertelsmann Stiftung) und Professor Weidenfeld (Bertelsmann Stiftung) (v.l.n.r.).



Trafen sich im Warschauer Präsidentenpalast zum politischen Meinungsaustausch: Staatspräsident Aleksander Kwasniewski (links) und C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld.



Reaktion auf den 11. September: C·A·P-Direktor Weidenfeld leitete das Forum der Bertelsmann Stiftung zur Zukunft von Sicherheit (v.l.n.r.: Dr. Walther Stütze, Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Professor Werner Weidenfeld und BND-Präsident August Hanning).



WERNER WEIDENFELD / WOLFGANG WESSELS (HRSG):  
**Europa von A bis Z.**  
 Taschenbuch der europäischen Integration.  
 Bonn 2002, ISBN 3-7713-0605-1,  
 464 Seiten, 19 Euro

## Europa von A bis Z

„Europa von A bis Z“ wendet sich an alle, die über Europa fundiert und kritisch informiert sein wollen. Das Kapitel „Europa im historischen Überblick“ bilanziert Motive und Stationen des Einigungsprozesses. „Europa zum Nachschlagen“ informiert in fast siebzig Kapiteln knapp und gezielt über Institutionen und Verfahren, Aktivitäten und Herausforderungen der Europapolitik. Das „Europa-ABC“, „Europa in Zahlen“, „Europa im Internet“ sowie eine Zeittafel und ein thematischer Überblick ergänzen den Band. Durch diese Kombination von schnell abrufbarem Grundwissen, vertiefenden Analysen und aktuellen Fakten wird „Europa von A bis Z“ zum unentbehrlichen Lehr- und Nachschlagewerk für Politik und Wissenschaft. „Europa von A bis Z“ erscheint seit mehr als zehn Jahren und ist mittlerweile in zwanzig Sprachen – darunter alle elf Amtssprachen der Europäischen Union und chinesisch – übersetzt worden. Dies ist die achte deutschsprachige Ausgabe. Das regelmäßige Erscheinen des Taschenbuchs wird durch eine Förderung durch das Auswärtige Amt ermöglicht.



WERNER WEIDENFELD (HRSG):  
**Europa-Handbuch.**  
 Gütersloh 2002, ISBN 3-89204-630-1, 936 Seiten, 35 Euro

## Europa-Handbuch

Die Aufgaben der Europäischen Union im neuen Jahrtausend sind komplex. Die aktualisierte Neuausgabe des „Europa-Handbuchs“ bietet einen strukturierten Überblick über die zentralen europapolitischen Themenstellungen. Es beleuchtet die Entwicklung der Europäischen Union aus einer zeitgeschichtlichen Perspektive und diskutiert darüber hinaus die neue Rolle Europas in einem veränderten internationalen Umfeld. Die Zusammenfassung des Standes der europäischen Integration wird mit einer Darstellung der zentralen Daten zu kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Positionen der EU-Mitgliedsländer verbunden. Die europapolitischen Visionen renommierter Politiker und Wissenschaftler vermitteln einen Eindruck von möglichen zukünftigen Formen Europas. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union sowie die Erörterung von Schwierigkeiten und Lösungsansätzen in den verschiedenen Politikbereichen der EU runden den Charakter des Handbuchs ab. Wer europapolitisch informiert sein will, kommt um dieses Standardwerk nicht herum.



MIRIAM KARAMA:  
**Struktur und Wandel der Legitimationsideen deutscher Europapolitik.** Band 6 der Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung, hrsg. von Werner Weidenfeld  
 Bonn 2001, ISBN 3-7713-0599-3,  
 318 Seiten, 23 Euro

## Struktur und Wandel der Legitimationsideen deutscher Europapolitik

Seit Gründung der Montanunion hat der Prozess der europäischen Integration zu einer zunehmenden Verdichtung und Erweiterung der europäischen Politikstrukturen geführt – ein Vorgang, der steter Legitimation bedurfte und bedarf. Die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung, diesen Prozess zustimmend zu begleiten, scheint seit dem Gipfel von Maastricht aber deutlich abgenommen zu haben. Deshalb ist es besonders heute wichtig, nach den Argumenten zu fragen, die die deutsche Bundeskanzlerin vorgebracht haben, um den Prozess der Integration zu legitimieren.

Karamas Band lokalisiert diese Legitimationsideen und analysiert sie von der Kanzlerschaft Adenauers bis zu der Schröders. Durch die systematische Vorgehensweise anhand einer eigens entwickelten Legitimationsterminologie können wesentliche Entwicklungstrends aufgezeigt werden. Die Untersuchung leistet einen wichtigen Beitrag zur europäischen Integrationsforschung und bietet in der Diskussion um die gegenwärtige und zukünftige Gestalt der EU einen Ansatz zur Orientierung.

## Der Balkan zwischen Krise und Stabilität

Der Balkan mag in den Schlagzeilen und in der öffentlichen Debatte durch die Ereignisse des 11. September in den Hintergrund gerückt sein. Mangelnde mediale Aufmerksamkeit war jedoch noch nie ein Indiz für die geringe Brisanz einer politischen Situation. Nicht nur, weil der Balkan zu Europa gehört, muss das Augenmerk der politisch Verantwortlichen auf die zukünftigen Entwicklungen gerichtet sein. Der Balkan darf auch deswegen nicht aus dem Blick geraten, weil die Europäische Union, die Vereinten Nationen und die Nato den Menschen gegenüber dort Verpflichtungen eingegangen sind. Der Stabilitätspakt und die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union sind positive Zeichen dafür, dass sich die Region auf dem Weg zur Stabilisierung befindet. Das bedeutet jedoch nicht, dass die „Mission“ der internationalen Gemeinschaft im Südosten Europas schon als beendet angesehen werden kann. Die Entwicklungen dort machen eines nur zu deutlich: Von einem stabilen, friedlichen und prosperierenden Balkan kann noch auf lange Sicht keine Rede sein.

## Aufstieg und Fall von Regierungen

Steht Deutschland im Wahljahr erneut vor einem kompletten Machtwechsel? Die Zyklen des Regierens prägen die Geschichte eines Landes. Zwar verläuft Politik nach Verfassungen, Gesetzen und festgelegten rechtlichen Regelungen. Doch Machterosion und Machterwerb haben nochmals eigene Gesetzmäßigkeiten. In dem Moment, in dem eine Regierung ins Amt gewählt wird, ist ihr Ende schon programmiert – durch die verfassungsmäßige Ordnung, durch die Funktionslogik des Systems. Auch andere Faktoren wie Medien und öffentliche Meinung spielen eine wichtige Rolle. Gibt es dabei von Wahlen unabhängige Vorboten von Machtwechseln? Existieren Regelmäßigkeiten, mit denen sich Regierungswechsel beschreiben oder sogar vorhersagen lassen?

Namhafte Autoren aus verschiedenen Ländern fassen die Ergebnisse des weiterlaufenden Forschungsprojektes in vergleichender Perspektive zusammen und geben anhand der Entwicklung in Deutschland und anderen wichtigen Demokratien Antwort auf diese Fragen.

## Der distanzierte Bürger

Unter dem Stichwort „Politikverdrossenheit“ wird seit einiger Zeit eine zunehmende Distanz der Bürger zu den Repräsentanten des politischen Systems, vor allem zu Parteien und Politikern, festgestellt. Nicht selten werden Forderungen laut, die Bürger stärker direkt am politischen Prozess zu beteiligen. „Public Awareness“ und „Civil Society“ sind zu Zauberformeln in der Debatte über Politikverdrossenheit avanciert.

Christian Schwaabe schwimmt mit seiner breit gefächerten demokratietheoretischen Analyse gegen den Strom. Die Studie knüpft an politologische und soziologische Erkenntnisse über die Einstellungen der Bürger zu Politik und über ihre individualisierten Lebensformen an und zeigt, dass die feststellbare Distanz der neuen „Unpolitischen“ verständlich und keineswegs bedrohlich ist. Die feststellbare Distanz der Bürger in pluralistischen Gesellschaften zur Politik muss keinen Mangel bedeuten, sondern kann Grundlage eines modernen liberalen Gemeinwesens sein – das erweist die Reflexion über die Voraussetzungen freiheitlicher Demokratie.

Dieser zwölfte Band der Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland setzt mit seiner weit gefassten Perspektive einen neuen Akzent in der Reihe.



ANGELIKA VOLLE /  
WERNER WEIDENFELD (HRSG):  
**Der Balkan zwischen Krise und Stabilität**

Bielefeld 2002, ISBN 3-7639-3031-0, 182 Seiten, 12,90 Euro



GERHARD HIRSCHER / KARL-RUDOLF KORTE (HRSG):

**Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosionen in westlichen Demokratien.**

München 2001, ISBN 3-7892-8060-0, 456 Seiten, 19,50 Euro



CHRISTIAN SCHWAABE:  
**Der distanzierte Bürger. Gesellschaft und Politik in einer sich wandelnden Moderne.**

München 2002, ISBN 3-933456-20-7, 200 Seiten, 14,50 Euro

2./3. Mai 2002

Jugendkonvent für Europa im saarländischen Landtag in Saarbrücken. Jugendliche erarbeiten an diesen beiden Tagen eine europäische Verfassung. Ein Projekt der Forschungsgruppe Jugend und Europa in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretär und Europabeauftragten des Saarlands und dem saarländischen Landtag. Informationen unter [www.europawoche.saarland.de](http://www.europawoche.saarland.de) und bei Dr. Barbara Tham, Tel.: 089 – 2180 1343.

3. - 5. Mai 2002

Konsultation bei der Evangelischen Akademie Loccum zum Thema „Gesellschaftlicher Milieuwandel und die Zukunft korporativer Interessenpolitik“.

7./8. Mai 2002

Karlspreis-Europa-Forum in Aachen. Die Bertelsmann Stiftung und die Organisatoren des Internationalen Karlspreises zu Aachen veranstalten die europapolitische Tagung am Vortag der Verleihung des Internationalen Karlspreises an den Euro am 9. Mai.

## Eine Erfolgspartitur für Europa

von Dr. Claus Giering

Seit dem 28. Februar wird an einem neuen Stück europäischer Geschichte geschrieben. In einem Konvent mit über hundert Mitgliedern bereiten Vertreter der Regierungen, der nationalen Parlamente, des Europaparlaments, der Kommission sowie der Beitrittskandidaten eine Vertragsreform vor, die in eine Verfassung für die Europäische Union (EU) münden kann. Wenn der Konvent seinem Auftrag gerecht wird, indem er die Zuständigkeit zwischen den Mitgliedstaaten und der EU neu ordnet, die Gesetzgebung auf europäischer Ebene mit effizienteren und demokratischeren Verfahren versieht und diese Grundordnung in einem lesbaren Dokument bündelt, wäre das der entscheidende Schritt zu einer europäischen Verfassung. Selbst wenn das Ergebnis letztlich nicht als „Verfassung“ firmiert, der Charakter eines solchen „Grundvertrages“, „Verfassungsvertrages“ oder einer „Charta der Kompetenzen“ wäre konstitutionell.

Entscheidend für den Erfolg des Konvents und damit für die Umsetzbarkeit seiner Vorschläge in der nächsten Regierungskonferenz wird die Art des Schlussdokuments sein. Doch die Komposition einer im Konsens verabschiedeten, für 27 und mehr Mitgliedstaaten tragfähigen Grundordnung verspricht mühsam zu werden. Aus der Kakophonie der Interventionen einzelner Konventsmitglieder bei der Auftaktsitzung ließ sich noch keine Tonfolge einer in sich stimmigen Partitur heraushören. In den folgenden Vollversammlungen werden jeweils bestimmte Themenblöcke behandelt. Der Konvent sollte sich jedoch nicht dazu verleiten lassen, nur umfangreiche Berichte mit vielfältigen Optionen zu produzieren.

Die Ergebnissicherheit des Verfahrens kann gewahrt werden, indem so schnell wie möglich an konkreten Entwürfen zur Lichtung des heutigen Vertragsdschungels gearbeitet wird. Der Konvent muss Europa dazu nicht neu erfinden. Für alle Problemfelder der EU liegen alternative Lösungswege vor. Diese sind allerdings in ihrer Reichweite und ihren Folgen äußerst unterschiedlich. Zwischen Status quo und Bundesstaat sind mögliche Zwischenstufen denkbar. Je weitgehender die Vorschläge sind, desto mehr Wirkung können sie erzeugen, desto schwieriger sind sie aber im Kreis der Mitgliedstaaten zu verwirklichen. Ein zu visionäres Unterfangen wäre hinsichtlich seiner Realisierbarkeit kontraproduktiv, zu begrenzte Ambitionen hingegen dürften weder den Erwartungen der Öffentlichkeit noch den vorhandenen Reformforderungen gerecht werden.

Der Schlüssel zum Erfolg ist die Vereinfachung der Verträge. Das Ziel, die Verträge zu konsolidieren, systematisieren und zu präzisieren, sollte der Konvent als zentrale Prämisse seiner Arbeit festlegen. Das Minimalergebnis wäre ein transparenter und verständlicher Grundvertrag, der die wesentlichen Elemente der bestehenden Verträge systematisch bündelt, die Grundrechtecharta einbindet, einen Überblick über die Aufgabenteilung bietet und die institutionelle Architektur verdeutlicht. Ein solches Dokument, das sich in der Quintessenz nicht zu weit vom Status quo weg bewegt, können die Staats- und Regierungschefs in der dem Konvent folgenden Regierungskonferenz, die letztendlich die Reformen beschließen muss, kaum ablehnen. Falls sich der Konvent auf einen Grundvertrag einigen kann, sind seine Erfolgsaussichten gut. Dies umso mehr, da allen Beteiligten klar ist, dass die zu erweiternde EU regierbar gestaltet werden muss, wenn sich die ambitionierteren Mitgliedstaaten nicht als Solisten oder in kleineren Gruppen vom vielstimmigen Orchester absetzen sollen.

Mehr zum Konvent: [www.cap.uni-muenchen.de/konvent/index.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/konvent/index.htm)

Der Autor betreut am C·A·P das Projekt „Systemwandel in Europa“

## C·A·PANORAMA

erscheint drei bis vier Mal jährlich und wird herausgegeben vom  
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)  
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld  
Maria-Theresia-Straße 21  
81675 München  
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329  
E-Mail: [cap.office@lrz.uni-muenchen.de](mailto:cap.office@lrz.uni-muenchen.de)  
[www.cap.uni-muenchen.de](http://www.cap.uni-muenchen.de)  
V.i.S.d.P.: Jürgen Turek  
Redaktion und Layout: Dominik Müller-Russell  
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,  
Roman Maruhn, Dominik Müller-Russell  
Druck: Bartels&Wernitz Offset Druck, Friedenstr. 4,  
81671 München